Anlage zu
DS HA 07/08 bzw.
DS VVS 19/08

Regionalverband
Südlicher Oberrhein
Planen. Beraten. Entwickeln.

Haushaltssatzung
und
Haushaltsplan 2009

Inhaltsübersicht

	Seite
Haushaltssatzung	3
Vorbericht	5

Der Haushaltsplan

Gesamtplan	19
1. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts und Vermögenshaushalts	20
2. Haushaltsquerschnitt	22
3. Gruppierungsübersicht	26
4. Finanzierungsübersicht	29
Einzelpläne	30
Verwaltungshaushalt	31
Vermögenshaushalt	35
Sammelnachweis Personal	38
Stellenplan	39

Anlagen zum Haushaltsplan

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden	41
Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen	41

Regionalverband Südlicher Oberrhein
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009

Aufgrund von § 42 des Landesplanungsgesetzes in der Neufassung vom 10. Juli 2003 (GBl. S. 385), zuletzt geändert am 14.10.2008 (GBl. S. 338), hat die Verbandsversammlung am 18. Dezember 2008 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 beschlossen:

§ 1

Der Haushalt wird festgesetzt mit

1.	den Einnahmen und Ausgaben von je		1.331.592 €
	davon im Verwaltungshaushalt	1.284.200 €	
	davon im Vermögenshaushalt	47.392 €	
2.	dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von		– €
3.	dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von		– €.

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf **100.000 €** festgesetzt.

§ 3

Die Verbandsumlage nach § 43 Abs. 2 des Landesplanungsgesetzes wird auf einen **Hebesatz von 0,078800685 von Hundert** der vorläufigen Steuerkraftsummen (Stand 10.06.2008) der Stadt Freiburg und der Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und des Ortenaukreises festgesetzt.

Sie beträgt 939.418 €.

Die Umlage ist in vierteljährlichen Raten jeweils zum Quartalsbeginn zu entrichten.

Freiburg i. Br., den 18.12.2008

Otto Neideck
Vorsitzender

Dr. Dieter Karlin
Direktor

Vorbericht

Sparsames Wirtschaften ist Basis für nachhaltige Regionalplanung

I. Schwerpunkte der Verbandsarbeit 2009

Auf der Grundlage des in der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung am 13. Januar 2005 vorgelegten Regionalen Arbeitsprogramms für die Legislaturperiode 2005 bis 2009 wird die (regionale) Umsetzung der Kernaufgaben nach dem novellierten Landesplanungsgesetz und dem Landesentwicklungsplan 2002 im Mittelpunkt stehen. Das Arbeitsprogramm versteht sich als Leitlinie, die für die neue Legislaturperiode von der neuen Verbandsversammlung zum Jahresende 2009 fortgeschrieben werden soll.

1. Gesamtfortschreibung des Regionalplans Südlicher Oberrhein 2025

Regionalpläne werden regelmäßig für eine Planungsperiode von ca. 15 Jahren konzipiert. Hierbei handelt es sich um eine gesetzliche Pflichtaufgabe, die von den Regionalverbänden wahrgenommen wird. Der zeitliche Zielhorizont des gültigen Regionalplans Südlicher Oberrhein 1995 wird demnach ca. 2010 erreicht. Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass seit der Planaufstellung zu Beginn der 90er Jahre eine deutliche Veränderung der gesetzlichen Grundlagen (Novellen des Bundesraumordnungs- und Landesplanungsgesetzes, Einführung der Strategischen Umweltprüfung), der landesplanerischen Vorgaben (neuer Landesentwicklungsplan 2002) sowie der allgemeinen sozioökonomischen Rahmenbedingungen (z.B. Demografischer Wandel, Erweiterung der EU, Einführung des Euro) stattgefunden hat.

Hinsichtlich wichtiger planerischer Bestimmungsgrößen hat somit ein tiefgreifender Wandel stattgefunden, dem durch eine Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Rechnung getragen werden muss. Neben der inhaltlichen Überarbeitung der Planaussagen ist eine Anpassung an die neuen instrumentellen Vorgaben des zuletzt im Oktober 2008 novellierten Landesplanungsgesetzes erforderlich.

Die notwendigen Arbeiten zur Fortschreibung des Regionalplanes wie auch des Landschaftsrahmenplanes wurden durch die gesetzlich vorgeschriebene Teilfortschreibung zur Ausweisung von Vorranggebieten für die Nutzung der Windenergie erheblich verzögert. Der Landschaftsrahmenplan dient unter anderem der umfassenden Aktualisierung freiraumbezogener Planungsgrundlagen. Insofern ist ein gewisser zeitlicher Vorlauf erforderlich, um Aussagen zu Qualitäten und Funktionen des Freiraums für die konzeptionelle Berücksichtigung im Regionalplan aufzubereiten.

Bis zum Vorliegen der erforderlichen Aussagen des Landschaftsrahmenplanes sollen in Bezug auf die Regionalplanfortschreibung zunächst Grundlagen zusammengestellt bzw. solche Elemente bearbeitet werden, die zunächst einen geringen inhaltlichen Bezug zu Freiraumaspekten aufweisen.

Vor diesem Hintergrund hat die Verbandsversammlung am 19.07.2007 die Verbandsgeschäftsstelle mit der Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Südlicher Oberrhein 1995 (DS VVS 10/07) beauftragt. In einem ersten Arbeitsschritt wurden die regionalen Rahmenbedingungen für die Gesamtfortschreibung analysiert. Die Ergebnisse wurden in einem „Regionalmonitor“ zusammengestellt, der im November 2008 publiziert und an alle Kommunen der Region Südlicher Oberrhein versandt wurde. Hieraus soll ein Zielsystem als übergeordnete Vorgabe für die weitere Bearbeitung und eine Grundlage für die Methodik der Planfortschreibung entwickelt werden. Durch die auf zwei Jahre befristete Erhöhung der Personalkapazität der Verbandsgeschäftsstelle konnten diese Arbeiten hausintern getätigt werden. Auf der Grundlage dieser analytischen Betrachtung können darüber hinaus auch die Kommunen strategische Entwicklungskonzeptionen entwickeln, die in der Regionalplanfortschreibung mit sonstigen fachlichen Belangen berücksichtigt werden könnten. Zusätzliche Kosten durch die umfangreichere Beteiligung der Kommunen sind derzeit nicht zu erwarten.

Parallel hierzu wird ein planerischer Ansatz zur räumlichen Steuerung regionalbedeutsamer Einzelhandelseinrichtungen entwickelt. Neben der Klärung regionaler Rahmenbedingungen und offener Rechtsfragen sind hierbei die bereits von Städten und Gemeinden erarbeiteten Konzepte zur örtlichen Steuerung des Einzelhandels von besonderer Bedeutung. Die vorgelegten Konzepte wurden von der Verbandsgeschäftsstelle ausgewertet. Es folgt im Frühjahr 2009 die Erörterung der bisherigen Steuerungsansätze sowie regionalplanerischer Koordinationsmöglichkeiten mit den Städten und Gemeinden.

Projektbezogene Sachmittel für das Haushaltsjahr 2009 sind in Höhe von 6.000 € eingestellt.

2. Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans

Der Landschaftsrahmenplan bildet eine wesentliche fachliche Basis für die Fortschreibung des Regionalplans 1995. Hierbei sind die Grundlagen für eine raumbezogene Zustandsanalyse der Schutzgüter zu aktualisieren und eine flächendeckende Ziel- und Handlungskonzeption für den Freiraumschutz zu entwickeln. Die Aufstellung und Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans durch den Regionalverband ist Pflichtaufgabe nach § 17 Abs. 3 Naturschutzgesetz Baden-Württemberg (NatSchG). Durch die Novelle des NatSchG zum 13.12.2005 wurde der Planungsauftrag der Regionalverbände in diesem Bereich wesentlich präzisiert und teilweise ausgeweitet. Die Verbandsversammlung hat am 04.12.2003 (DS VVS 21/03) die Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans beschlossen.

In 2008 konnten durch den konzentrierten Einsatz personeller Ressourcen der Verbandsgeschäftsstelle - unterstützt durch eine auf zwei Jahre befristete Einstellung eines zusätzlichen Landschaftsplaners - die Grundlagenarbeiten zur Raumanalyse der einzelnen Umweltschutzgüter wesentlich vorangebracht werden. Neben der Initiierung, Abstimmung und technische Unterstützung von Fachbeiträgen der Fachbehörden (Grundwasser, Oberflächengewässer, Boden) stand vor allem die Koordinierung von an Dritte vergebenen Fachgutachten (Arten und Lebensgemeinschaften) sowie die eigene Bearbeitung von zentralen Grundlagendaten (Biotopkomplextypenerfassung) im Vordergrund.

Für das Schutzgut „Grundwasser“ werden dem Regionalverband – gerade auch in Hinblick auf die Überprüfung der Grundwasserschonbereiche im Regionalplan – aktuelle Grundlagendaten durch das Landesamt für Geologie und Rohstoffe sowie das Fachrefe-

rat „Wasserwirtschaft“ des Regierungspräsidiums Freiburg bis Anfang 2009 bereitgestellt werden. Dies gilt auch für weitere Grundlagendaten und Fachbeiträge des Regierungspräsidiums zu Oberflächengewässern, Hochwasserretention und den Bodenfunktionen.

Die Ergebnisse des gemeinsam mit dem Regierungspräsidium beauftragte Fachgutachtens zu den „für die Fauna wichtigen Bereichen in der Region Südlicher Oberrhein“ (siehe DS VVS 08/07) werden voraussichtlich im Frühjahr 2009 vorliegen. Zusammen mit der teilweise extern vergebenen, teilweise von der Geschäftsstelle selbst bearbeiteten Erfassung der Biotopkomplextypen werden somit in 2009 die wesentlichen Grundlagen für die Zustandsanalyse des Schutzguts Arten und Lebensgemeinschaften sowie für die Entwicklung eines regionalen Biotopverbundkonzeptes vorliegen.

Insgesamt wird erwartet, dass mit den derzeit in Bearbeitung befindlichen Beiträgen von Fachbehörden sowie den extern vergebenen Fachgutachten zentrale Grundlagen für die raumbezogene Zustandsanalyse von Natur und Landschaft in der Region im 1. Halbjahr 2009 vorliegen werden. Im Haushaltsjahr 2009 werden zur punktuellen Ergänzung der Grundlagendaten oder für gutachterliche Fachbeiträge Mittel in Höhe von 10.000,- € eingestellt.

Nach Aufbereitung und Zusammenführung der erarbeiteten Grundlagen zu den einzelnen Schutzgütern soll die Bestandsanalyse des Landschaftsrahmenplans nach derzeitiger Planung bis Ende 2009 / Anfang 2010 abgeschlossen werden, so dass ab diesem Zeitpunkt flächendeckend für die Region belastbare Fachaussagen als Grundlage für die Fortschreibung des Regionalplans vorliegen.

3. Klimaschutzstrategie für die Region Südlicher Oberrhein

Im Rahmen des „Regionalen Entwicklungskonzeptes zur Nutzung regenerativer Energien und zur Reduktion der CO_2-Emissionen in der Region Südlicher Oberrhein“ wurden mit kommunalen und regionalen Entscheidungsträgern konkrete Handlungsvorschläge für eine langfristige Klimaschutzstrategie erarbeitet. Der vorgelegten Gesamtkonzeption hat die Verbandsversammlung am 29.03.2007 (DS VVS 04/07) zugestimmt und eine weiterhin **aktive Rolle** in der Region bei der Umsetzung der landespolitischen Zielsetzung zur Reduktion des CO_2-Ausstoßes um 20% bis zum Jahr 2020 beschlossen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die „Strategische Partnerschaft“ zwischen Regionalverband, Handwerkskammer, Unternehmen, Institutionen und Kommunen. Die Verbandsgeschäftsstelle wurde dementsprechend beauftragt, weitere Schritte zur Konkretisierung und Umsetzung dieser Strategie vorzunehmen.

Gemäß der Bitte der Verbandsversammlung haben die beiden Energieagenturen Regio Freiburg GmbH und Ortenauer Energieagentur GmbH einen Vorschlag zur Entwicklung eines regionalen Monitorings erarbeitet. Mit Hilfe dieses vereinfachten und wiederholbaren Verfahrens können auf regionaler Ebene überschlägig aktuelle Informationen zu Sanierungsmaßnahmen, der Nutzung Regenerativer Energien, der Höhe der getätigten Investitionen und der eingesetzten Fördermittel sowie daraus resultierende Energieeinsparung und CO_2-Reduktion erfasst werden.

Auf Anregung des Planungsausschusses wurde das Monitoring auf drei Jahre (2007 bis 2009) ausgedehnt. Dadurch erhöhen sich die ursprünglichen Projektkosten von 30.000 €

auf 60.000 €. Um diesen höheren finanziellen Aufwand zu decken haben die Fördergeber badenova und EW Mittelbaden eine Erhöhung ihrer Förderbeiträge zugesagt. Der Finanzierungsanteil des Regionalverbands in Höhe von 7.500 € bleibt unverändert. Entsprechende Haushaltsmittel wurden bereits im Haushalt 2008 eingestellt.

4. Regionalbedeutsame Verkehrsinfrastrukturen

4.1 Ausbau der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel

Der Regionalverband Südlicher Oberrhein bekennt sich zum vorrangigen 4-gleisigen Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel und setzt sich weiterhin für eine zügige Realisierung des Gesamtprojektes ein.

Entsprechend des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 09.10.2008 (DS VVS 05/08) wurde die Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren 7.1 Offenburg-Süd - Hohberg verabschiedet sowie ergänzende Forderungen an die Bundes- und Landesregierung gestellt, einschlägige Gesetze und Rechtsverordnungen - insbesondere die 16. BImSchV zum Bau von Schienenwegen - zu novellieren und das 3./4. Gleis als Güterzugtunnel zu realisieren. Darüber hinaus hat sich die Verbandsversammlung in ihrem regionalpolitischen Votum mit sehr großer Mehrheit für eine autobahnparallele Trassenführung des 3./4. Gleises zwischen Offenburg und Riegel ausgesprochen (DS VVS 07/08). Die Grundlage hierfür bildete die vom Regionalverband Südlicher Oberrhein beauftragte „Gutachterliche Stellungnahme zur Bewertung der Variantenuntersuchung des Ausbaus der Rheintalbahn im Abschnitt Offenburg – Riegel“ (DS PlA 08/08).

Im Jahr 2009 werden voraussichtlich Stellungnahmen zu folgenden Planfeststellungsverfahren abgegeben:

- Abschnitt 8.1 Kenzingen – Riegel – March
- Abschnitt 8.2 Freiburg i. Br. – Schallstadt

Der Regionalverband beabsichtigt, sich 2009 erneut für eine zügige Realisierung des Gesamtprojektes unter Berücksichtigung einer bevorzugten Betrachtung des Schutzzieles Lärmminderung entlang der Aus- und Neubaustrecke einzusetzen. Die Verbandsgeschäftsstelle wird den mit dem Beschluss vom 09.10.2008 eingeleiteten Prozess (DS VVS 07/08) fachlich und politisch begleiten. Darüber hinaus ist die Vergabe eines Gutachtens „Evaluierung der gesundheitlichen Wirkungen bei Exposition gegenüber Schienenlärm unter besonderer Berücksichtigung der DB-Trasse Basel – Offenburg (und der Haltbarkeit des Schienenbonus)“ geplant, das spätestens zum 01.09.2009 vorliegen soll. Die Kosten belaufen sich auf 86.000 € und werden zu 100% von der Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein sowie den Städten und Gemeinden Offenburg, Lahr, Ringsheim, Herbolzheim, Kenzingen, Freiburg und Bad Krozingen refinanziert (DS VVS 13/08).

4.2 Bundesverkehrswegeplan 2003 und Ausbau der A5

Im Jahr 2003 wurde der 6-streifige Ausbau bis zur AS Offenburg/Süd und von der AS Teningen bis zur AS Freiburg/Mitte in den Bundesverkehrswegeplan mit „Vordringlichem Bedarf“ eingestellt. Die Autobahn A 5 zwischen Baden-Baden und Offenburg wird entsprechend den verkehrlichen Anforderungen im Rahmen eines so genannten A-Modells ab April 2009 sechsstreifig ausgebaut. Das A-Modell A 5 sieht zudem vor, die baureife

Planung auf Grundlage der bereits bestandskräftigen Planfeststellungsbeschlüsse, den Betrieb und die Erhaltung im Abschnitt Malsch – Schutterwald für einen Zeitraum von 30 Jahren sowie die gesamte Finanzierung des Projekts im Zuge einer öffentlich-privaten Partnerschaft (Public-Private-Partnership – PPP) an einen privaten Investor zu vergeben.
Entsprechend der von der Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 28.11.2002 (DS VVS 22/02) verabschiedeten Resolution, wird sich die Verbandsgeschäftsstelle auch weiterhin für den durchgehend 6-streifigen Ausbau der A 5 von Offenburg bis zum Autobahndreieck Neuenburg einsetzen.

4.3 B 31 – West: Breisach - Freiburg

In seiner Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren „Neubau der B 31 West Breisach – Freiburg, II. Bauabschnitt Gottenheim – Breisach“ vom 10.05.2006 (DS PlA 02/06) hat der Regionalverband Südlicher Oberrhein seine Position zum Neubau der B 31 West und seine Forderung für den zügigen Bau des II. Bauabschnittes bekräftigt. Entsprechend dieser Beschlussfassung wird sich die Verbandsgeschäftsstelle weiterhin für eine schnelle und leistungsfähige Anbindung vom Oberzentrum Freiburg an das Mittelzentrum Breisach sowie die Entlastung der Ortsdurchfahrten im Bereich des südlichen Kaiserstuhls einsetzen.

4.4 B 31 – Ost: Freiburg – Donaueschingen

Die Verbandsgeschäftsstelle setzt sich als Mitglied der 2004 gegründeten Interessensgemeinschaft B 31/ B 311 für den Ausbau der Bundesstraße zwischen Freiburg und Ulm als leistungsfähige Landesentwicklungsachse ein.

Im Regierungsbezirk Freiburg werden insgesamt neun Abschnitte gebaut. Die Planfeststellungsverfahren im Abschnitt „Rötenbach – Löffingen“ und „Neustadt – Hinterzarten“ werden voraussichtlich im Frühjahr 2009 offengelegt. Der Planfeststellungsbeschluss für den Abschnitt „Löffingen – Mitte“ wird für das Februar 2009 erwartet.

Die Verbandsgeschäftsstelle wird sich auch im kommenden Jahr nachhaltig für eine zügige Realisierung einsetzen.

5. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

5.1 Projekt ACCESS („Verbesserung der Erreichbarkeit von Einrichtungen der Grundversorgung – organisatorische Innovationen im Ländlichen Raum“)

Aufbauend auf dem im Jahr 2007 abgeschlossenen Projekt PUSEMOR („Sicherung der Grundversorgung als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung dünnbesiedelter Gebiete“) hat sich der Regionalverband Südlicher Oberrhein zusammen mit Partnern aus Österreich, Frankreich, Italien und der Schweiz um Förderung für das Projekt ACCESS durch die Europäische Union beworben (INTERREG IV B, Alpenraum-Programm). Die Federführung liegt bei der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) und der Regione Lombardia. Der Bewilligungsbescheid wurde am 27.6.2008 ausgestellt. Die Laufzeit des Projekts beträgt 36 Monate (Projektabschluss 31.8.2011). Für die Projektbearbeitung konnte die Technische Universität Kaiserslautern, Lehrstuhl Regionalentwicklung und

Raumordnung, gewonnen werden. Projektpartner in der Region sind die Stadt Wolfach und die Gemeinde Freiamt.

Das genehmigte Volumen des Gesamtprojekts beträgt rund 2,5 Mio. Euro, wovon rund 1,7 Mio. Euro durch die EU getragen werden. Das Teilprojekt des Regionalverbands hat ein Gesamtvolumen von maximal 540.000 Euro (Anteil der EU maximal 410.000 Euro). Die notwendige Kofinanzierung seitens des Regionalverbands (maximal 30.000 Euro) wird in Form von Eigenleistungen erbracht (Personaleinsatz, kein unmittelbarer Geldfluss).

Aufgrund der Erfahrungen im Projekt PUSEMOR ist damit zu rechnen, dass die Mittelzuteilung seitens der EU teilweise mit erheblicher zeitlicher Verzögerung erfolgen wird. Um keine zu großen Vorleistungen aufbringen zu müssen, wurde mit dem Auftragnehmer (TU Kaiserslautern) vertraglich vereinbart, Mittelzuwendungen erst ab dem 31.8.2009 zur Verfügung zu stellen.

5.2 Projekt Value Chains („Regionale Wertschöpfungsketten“)

Der Regionalverband Südlicher Oberrhein hat sich im Frühjahr 2008 zusammen mit Partnern aus Österreich, Frankreich, Italien, Slowenien und der Schweiz bei der Europäischen Union (INTERREG IV B, Alpenraum-Programm) um Förderung für das Projekt „Value Chains“ beworben. Die Federführung für das Gesamtprojekt haben die Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) und die Europäische Akademie Bozen (EURAC) übernommen. Zielsetzung des Projekts ist die Identifikation regionaler Wertschöpfungsketten und eine verbesserte Abstimmung und professionalisierte Zusammenarbeit zwischen den Akteuren. Regionaler Partner ist die Wirtschaftsregion Offenburg/Ortenau (WRO). Thematischer Fokus ist die auch unter raumplanerischen Aspekten bedeutende Wertschöpfungskette Holz.

Nachdem das Projekt in der 1. Ausschreibungsrunde nicht genehmigt wurde, hat die SAB am 20.11.2008 eine überarbeitete Interessensbekundung eingereicht. Die genauen Projektvolumina werden erst mit der erneuten Antragstellung im Frühjahr 2009 festgelegt; als Anhaltspunkt können die im Projekt ACCESS (s. o.) genannten Summen dienen. Die notwendige Kofinanzierung seitens des Regionalverbands wird in Form von Eigenleistungen erbracht (Personaleinsatz, kein unmittelbarer Geldfluss).

5.3 Trinationale Europäische Metropolregion Oberrhein

Am 30.06.2006 hat die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) die „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ verabschiedet. Berücksichtigung finden darin auch grenzüberschreitende Verflechtungsräume, wobei der deutsch-schweizerisch-französische Kooperationsraum am Oberrhein erstmals in dieses Konzept einbezogen wird. Damit konnte ein wesentliches Zwischenziel auf dem Weg zur Anerkennung des Oberrheins als „Europäische Metropolregion“ auf Bundesebene erreicht werden.

Im Rahmen des 11. Dreiländerkongresses am 11. Januar 2008 in Strasbourg, der unter dem Titel „Der Oberrhein: Modell für Entwicklung und Zusammenarbeit“ stattfand, wurde eine auch von den Regionalverbänden am Oberrhein unterzeichnete „Gemeinsame Erklärung für eine Trinationale Metropolregion Oberrhein“ verabschiedet, die u.a. einen verbindlichen Fahrplan für den Aufbau der Trinationalen Europäischen Metropolregion Ober-

rhein enthält. In dieser Erklärung werden die Akteure aus Politik, Wirtschaft, Forschung und Hochschulwesen sowie der Zivilgesellschaft dazu aufgerufen, die gegebenen Möglichkeiten verstärkt gemeinsam und grenzübergreifend zu nutzen.

Der Regionalverband Südlicher Oberrhein engagiert sich dabei weiterhin durch eine aktive Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen (u.a. AG Raumordnung), durch die Erläuterung des raumplanerischen Begriffs der Metropolregion und damit verbundener Zielvorstellungen sowie die Entwicklung eigener konzeptioneller Ansätze.

Im Zusammenhang hiermit steht auch das Modellvorhaben der Raumordnung „Überregionale Partnerschaften in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen“, das die Bemühungen des Regionalverbands im Hinblick auf eine Stärkung der Trinationalen Europäischen Metropolregion mit finanziellen Mitteln des Bundes unterstützt.

5.4 Modellvorhaben der Raumordnung (MORO)

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hatte in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) das Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Überregionale Partnerschaften – innovative Projekte zur stadtregionalen Kooperation, Vernetzung und gemeinsamen großräumigen Verantwortung“ ausgelobt. Die Bewerbung der Regionalverbände und der großen Städte am Oberrhein von 2007 wurde unter Hinweis auf ein für 2008 vorgesehenes eigenständiges Modellvorhaben der Raumordnung speziell zu grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen jedoch vorerst nicht berücksichtigt.

Unter der Federführung des Saarlandes wurde in Zusammenarbeit mit der Region Aachen sowie den Regionalverbänden Bodensee-Oberschwaben, Hochrhein-Bodensee und Mittlerer Oberrhein vom Regionalverband Südlicher Oberrhein ein speziell für grenzüberschreitende Verflechtungsräume entwickeltes Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Überregionale Partnerschaften in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen“ beim BMVBS und beim BBR erarbeitet.

Oberziele der Partnerschaft sind

- die Netzwerkbildung mit dem Ziel einer Etablierung eines dauerhaften Initiativkreises der grenzüberschreitenden Verflechtungsräume,
- die Entwicklung eines Selbstverständnisses als gemeinsame Raumkategorie,
- die Definition und Abgrenzung von grenzübergreifenden Verflechtungsräumen gegenüber sonstigen Grenzregionen,
- die Erarbeitung gemeinsamer Handlungsfelder und
- die Interessenvertretung grenzüberschreitender Verflechtungsräume gegenüber nationalen und europäischen Gremien und Institutionen.

Das Projekt hat eine Laufzeit von September 2008 bis Dezember 2010 und einen vorgesehenen Kostenrahmen von insgesamt 362.355,10 €. Davon finanziert der Bund 250.000 €. Für die Deckung des Differenzbetrags sind sowohl unbare Eigenleistungen (Personalkosten) als auch bare Eigenleistungen aller sechs Projektbeteiligten einzubringen. Zur Deckung der baren Eigenleistungen des Regionalverbands wurden bereits 2008 entsprechende Mittel in den Haushalt eingestellt.

5.5 Magistrale für Europa

Der Regionalverband Südlicher Oberrhein setzt sich als Mitglied der 1990 gegründeten Initiative „Magistrale für Europa“ für eine schnelle Realisierung der Verknüpfung von TGV und ICE über Strasbourg – Kehl – Appenweier ein. Der Ausschuss für Strukturfragen und Regionalplanumsetzung hatte in seiner Sitzung am 26.09.2002 die Unterstützung eines neuen INTERREG-Projektes zur vertiefenden Untersuchung der raumwirtschaftlichen Auswirkungen hinsichtlich des Güterverkehrs beschlossen.

In den vergangenen Jahren hat das Projekt „Magistrale für Europa“ große Anerkennung auf allen politischen Ebenen erlangt. So wurde die Schienenverbindung mit einer Verlängerung bis nach Athen 2004 als prioritäres Projekt „von europäischem Interesse“ in die Liste der Leitlinien der „Transeuropäischen Netze“ (TEN) der Europäischen Union aufgenommen. Am 09.06.2006 hatten sich Frankreich, Deutschland, Österreich und die Slowakei im Rahmen des EU-Verkehrsministerrats durch die Unterzeichnung einer Absichtserklärung zur raschest möglichen Realisierung des prioritären TEN-Projekts 17 „Paris - Bratislava“ zum Ausbau der Magistrale bekannt. Zudem wurde im Rahmen der „Magistrale“-Konferenz am 14.06.2006 in Strasbourg eine Unterstützungserklärung zur Realisierung dieses Projekts von politischen Vertretern entlang der Strecke, u. a. auch vom Vorsitzenden des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein, unterzeichnet.

33 Partner unterstützen mit insgesamt 100.000 € pro Jahr - jeweils nach ihrer finanziellen Leistungskraft - die Initiative „Magistrale für Europa“. Die von der Linienführung betroffenen Regionalverbände und Industrie- und Handelskammern beteiligen sich mit je 2.000 €. Der Regionalverband Südlicher Oberrhein stellt anteilig 1.000 € zur Verfügung, da sich der Ortenaukreis ebenfalls mit 1.000 € beteiligen wird.

5.6 TGV Est

Mit dem deutsch-französischen Vertrag vom 22.05.1992 (La Rochelle) wurde die Grundlage für eine neue grenzüberschreitende Schnellbahnverbindung über Strasbourg als Teil der internationalen Ost-West-Verbindung Paris - Ostfrankreich - Südwestdeutschland (POS) geschaffen. Ziel ist die Herstellung einer durchgehenden Hochgeschwindigkeitsverbindung.

Im Rahmen des 6. Deutsch-Französischen Ministerrats am 14.03.2006 in Berlin wurde ein Abkommen zum Bau einer Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Kehl unterzeichnet und somit die Bedingungen für einen Neubau der Kehler Brücke festgelegt.

Die Ausbaustrecke Kehl - Appenweier ist im Bundesschienenwegeausbaugesetz als Maßnahme im vordringlichen Bedarf definiert und in fünf Planfeststellungsabschnitte unterteilt. Im Juli 2008 erfolgte der erste Spatenstich für den Abschnitt 1 „Rheinbrücke Kehl mit Westkopf Bahnhof Kehl“. Der Abschnitt soll bis zum Jahr 2010 fertiggestellt werden.

Die Verbandsgeschäftsstelle wird sich auch im kommenden Jahr nachhaltig für eine zügige Realisierung der Verknüpfung von TGV Est und ICE einschließlich der notwendigen Infrastrukturmaßnahmen einsetzen.

5.7 TGV Rhin-Rhône

Die Ankunft des TGV Rhin-Rhône bei Mulhouse ist für Dezember 2011 vorgesehen. Nach den heutigen Plänen der Réseau Ferré de France werden 14 TGV-Züge aus Lyon kommend Mulhouse erreichen, von denen sich jeweils fünf Züge linksrheinisch bei Mulhouse in Richtung Norden (Strasbourg – Frankfurt) und in Richtung Süden (Basel – Zürich) teilen werden.

Im Freiburger Raum besteht das Interesse, die Möglichkeiten für eine Anbindung des TGV Rhin-Rhône bis Freiburg für diejenigen Züge, deren regulärer Endhalt Mulhouse ist, zu untersuchen. Die Weiterführung und Verknüpfung des TGV Rhin-Rhône mit dem deutschen Hochgeschwindigkeitsnetz auf der Rheintalbahn (Streckenabschnitt Müllheim – Mulhouse) hat die EU als ein prioritäres Projekt der Transeuropäischen Netze (TEN) deklariert.

Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz haben im Jahr 2008 hinsichtlich einer Durchleitung des TGV Rhin-Rhône nach Freiburg darauf hingewirkt, dass die Bahngesellschaften DB AG und SCNF hierzu Verhandlungen führen. Die Verbandsgeschäftsstelle wird diese Thematik insbesondere innerhalb der Oberrheingremien weiterhin begleiten.

5.8 Interreg IV-B Projekt „Nord-Süd-Transversale für Europa“

Die Region Südlicher Oberrhein liegt im Europäischen Verkehrskorridor Rotterdam-Genua, der wichtigsten Nod-Süd-Verbindung im europäischen Schienengüterverkehr. Dieser Korridor umfasst europäische Regionen mit höchster Wertschöpfung, mit starkem und weiter wachsendem Verkehrsaufkommen und hoher Siedlungsdichte.

Auf dieser sog. „Nord-Süd-Transversale für Europa“ bestehen jedoch gravierende Lücken und Engpässe, deren Beseitigung bislang am Fehlen konsensfähiger Teilraumlösungen und deren Integration in ein stimmiges Gesamtkonzept sowie der dringend notwendigen Finanzmittel gescheitert ist. Hinzu kommt die mangelnde Akzeptanz der von den Aus- und Neubauvorhaben betroffenen Wohnbevölkerung, insbesondere vor dem Hintergrund der prognostizierten starken Zuwächse im Schienengüterverkehr und der völlig ungewissen Entwicklung der künftigen Lärmsituation.

Um die Potenziale stärker nutzen zu können, sind einerseits Lösungen in den einzelnen Teilräumen erforderlich; andererseits kommt es entscheidend darauf an, dass Teilraum-Lösungen in ein Gesamtkonzept für den Verkehrskorridor integriert werden.

Ausgehend von einer Initiative der Verbands Region Rhein Neckar besteht daher die Absicht, sich gemeinsam mit Partnern entlang des Korridors dieser Fragen in einem EU-Projekt anzunehmen. Mit dem EU-Programm „Interreg IV B Nordwesteuropa“, durch das transnationale Zusammenarbeit auch im Verkehrsbereich sowie der Raumentwicklung angeregt werden soll, existiert ein geeignetes Förderinstrument. Unter der Federführung des Verbands Region Rhein Neckar und unter der fachlichen Begleitung durch Prof. Scholl von der ETH Zürich, soll mit dem Projekt das Ziel erreicht werden, regionale Aktivitäten zu bündeln und zu koordinieren und diese Verkehrsachse auf den politischen Ebenen besser zu positionieren.

Die Einstellung von Haushaltsmitteln seitens des Regionalverbandes ist für 2009 nicht vorgesehen. Die Verbandsgeschäftsstelle wird sich im kommenden Jahr nachhaltig für eine zügige Konkretisierung des Projekts einsetzen (vgl. DS VVS 06/08). Bei einer Realisierung des Projekts ist eine finanzielle Beteiligung des Regionalverbands ab 2010 in Höhe von max. 10.000 Euro angedacht.

5.8 Kartographische Planungsgrundlagen und Raumbeobachtung am Oberrhein (Projekt GISOR)

Dieses von der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Oberrheinkonferenz getragenen und von deutscher Seite durch die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg finanzierte Projekt wurde im Juni 2008 mit einer Abschlussveranstaltung in Sissach (CH) als Interreg-Projekt abgeschlossen.

Die Weiterführung des Projektes wurde von allen beteiligten Partnern befürwortet und die Finanzierung für weitere drei Jahre gesichert.

Zwischenzeitlich wurden mehr als 50 Karten über das Mandatsgebiet der Oberrheinkonferenz zu den Themen Verwaltung, Umwelt, Transport, Flächenutzung, Statistik und Gesundheit durch die Zusammenführung grenzüberschreitender Daten erstellt und online bereitgestellt.

Schwerpunkte bilden im Jahr 2009 die Erhebung des großflächigen Einzelhandels sowie die Ermittlung der Realnutzung aus Satellitenbildern.

Die Einstellung von Haushaltsmitteln seitens des Regionalverbandes ist nicht erforderlich.

6. Ausbau des Räumlichen Informationssystems Südlicher Oberrhein (RISO)

Mit der im Jahr 2007 abgeschlossenen Generalvereinbarung Geobasisdaten erhält der Regionalverband jährlich aktualisierte Daten der Landesvermessungsverwaltung. Die Kosten belaufen sich für den Regionalverband Südlicher Oberrhein jährlich auf 5.300 € und beinhalten die Lieferung eines umfassenden Datenpaketes.

Als Mitglied des WAABIS-Verbunds (Wasser-, Abfall-, Altlasten-, Boden- Informationssystem) des Landes hat der Regionalverband kostenfreien Zugriff auf die Fachdaten der Landesverwaltung und deren angegliederten Behörden.

Im Rahmen der Erarbeitung des Regionalmonitors wurden zahlreiche statistische Daten bis auf Gemeindeebne ausgewertet und in Karten dargestellt. Derzeit werden weitere Daten für die Gesamtfortschreibung des Regionalplans und für den Landschaftsrahmenplan erstellt. Die Integration weiterer Fachdaten und die laufende Datenpflege bleiben weiterhin Daueraufgabe.

II. Der Haushalt des Regionalverbands

Die Haushaltsfinanzierung für das Haushaltsjahr 2009 zeigt im Vergleich zu den Vorjahren keine signifikanten oder strukturellen Abweichungen. Bei einem gegenüber 2008 unveränderten Hebesatz der Verbandsumlage und einer neuerlichen Entnahme aus der Rücklage ist weiterhin eine sachgerechte und ergebnisorientierte Regionalplanung möglich. Die bereits seit vier Jahren erfolgreiche Drittmitteleinwerbung kann erneut auf hohem Niveau fortgeführt werden.

Auswirkungen der Jahresrechnungen 2007 und 2008

Die Jahresrechnung 2007 schließt mit einer Zuführung an die Rücklage von 98.957,94 €. Auf die geplante Rücklagenentnahme in Höhe von 30.900 € konnte gänzlich verzichtet werden. Damit erhöht sich die Allgemeine Rücklage zum 31.12.2007 auf insgesamt 271.378,83 € (Vergleich Vorjahr: 172.420,89 €). Für das Jahr 2008 ist eine Entnahme von 120.500 € beschlossen. Nach derzeitiger Entwicklung des Haushaltsvollzugs ist voraussichtlich eine Rücklagenentnahme von ca. 98.000 € erforderlich. Dies ist insbesondere auf Personalvakanzen und Übergangszeiten für Stellenneubesetzungen sowie die Erstattung von Personalausgaben über das INTERREG IIIB-Projekt PUSEMOR zurückzuführen.

III. Eckdaten zum Haushaltsplan 2009

1. Der Gesamthaushalt stellt sich wie folgt dar:

	2009 (€)	**Vorjahr (€)**	**Veränderung (€)**	**Veränderung (%)**
Gesamthaushalt	1.331.592	1.399.300	- 67.708	- 4,84

2. Jährliche Veränderungen des Verwaltungshaushaltes

Haushalts-jahr	**2005 (€)**	**2006 (€)**	**2007 (€)**	**2008 (€)**	**2009 (€)**
Haushalts-ansätze	1.180.300	1.220.400	1.133.500	1.278.200	1.284.200
Unterschied	74.400	40.100	- 86.900	144.700	6.000
Verände-rung	+ 6,73 %	+ 3,4 %	- 7,12 %	+ 12,77 %	0,47 %

3. Aufschlüsselung der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes

Haushaltsansätze	2005 (€)	2006 (€)	2007 (€)	2008 (€)	2009 (€)
Erlöse Erstattungen	22.300	5.700	3.300	3.000	8.400
Zuweisung gem. § 43 Abs. 1 LplG	185.895	186.485	187.246	187.318	187.640
Zuschüsse Projekte	92.500	183.500	97.000	147.300	101.300
Umlage gem. § 43 Abs. 1 LplG	821.524	821.435	821.354	821.412	939.418
Zinseinnahmen	3.611	4.100	5.100	7.070	10.050
Zuführung vom VmHh	54.470	19.180	19.500	112.100	37.392
Summe	1.180.300	1.220.400	1.133.500	1.278.200	1.284.200

Die Zuweisung des Landes gemäß § 43 Abs. 1 LplG deckt zu 14,1 % die Ausgaben des Gesamthaushaltes.

Im Haushaltsjahr 2009 bleibt der Hebesatz für die Verbandsumlage unverändert. Die Verbandsumlage deckt zu 70,6 % die Ausgaben des Gesamthaushaltes.

Die Umlage wurde nach dem Verhältnis der jeweiligen vorläufigen Steuerkraftsummen zum Stand 10.06.2008 ermittelt:

	Anteil an Gesamt-umlage in (%)	Umlage 2009 (€)	Umlage 2008 (€)
Breisgau-Hoch-schwarzwald	22,66	212.882	178.850
Emmendingen	13,68	128.543	114.964
Freiburg i. Br.	25,48	239.346	207.621
Ortenaukreis	38,18	358.647	319.977
Summe	**100,00**	**939.418**	**821.412**

Die Gesamtumlage beträgt **pro Einwohner** in der Region **0,90 €** (Vorjahr 0,79 €). Damit liegt der Regionalverband Südlicher Oberrhein weiterhin deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 1,05 € pro Einwohner (ohne Verband Region Stuttgart = 27,41 € pro Einwohner).

4. Aufschlüsselung der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Haushaltsansätze	2005 (€)	2006 (€)	2007 (€)	2008 (€)	2009 (€)
Verbandsversammlung	50.000	50.000	45.000	40.000	50.000
Personalausgaben	799.800	741.600	820.800	883.300	882.800
Deckungsreserve Personal	0	0	0	0	35.200
Sachausgaben	318.700	417.000	255.900	343.100	304.400
Geschäftsausgaben der Fraktionen	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800
Zinsen für Kassenkredite	0	0	0	0	0
Zuführung zum VmHh	0	0	0	0	0
Summe	**1.180.300**	**1.220.400**	**1.133.500**	**1.228.200**	**1.284.200**

Die Ausgabenansätze für 2009 wurden überwiegend anhand der Rechnungsergebnisse der vergangenen Jahre unter Berücksichtigung der allgemeinen Preisentwicklung ermittelt, nach ihrem Einzelzweck veranschlagt und in den Einzelplänen, Spalte 6 teilweise näher erläutert.

5. Personalkosten

Infolge der Beendigung eines zeitlich befristeten Arbeitsverhältnisses zum 30.06.2009 können die Personalausgaben trotz Mutterschutz bedingter Mehraufwendungen mit 882.800 € auf Vorjahresniveau (2008 = 883.300 €) gehalten werden. Die veranschlagten Personalkosten berücksichtigen die zwischen den Tarifpartnern bereits für 2009 vereinbarte Einmalzahlung von 225 € sowie eine Anhebung des Tabellenentgelts von 2,8% bei den Beschäftigten und eine Bezügeanhebung von 1% bei den Beamten. Die Anhebung des Hebesatzes der Allgemeinen Umlage bei der Beamtenversorgung (Kommunaler Versorgungsverbandes Baden-Württemberg) von 34% auf 35 % ist ebenfalls berücksichtigt.

5.1 Beschäftigung von Mitarbeitern mit befristeten Arbeitsverhältnissen

Am 29.03.2007 beschloss die Verbandsversammlung die zusätzliche befristete Einstellung eines Regionalplaners für die Dauer von 2 Jahren (DS VVS 03/07). Auf der Grundlage dieses Beschlusses wird seit 16.07.2007 ein Regionalplaner im Aufgabenbereich Regionalplanfortschreibung beschäftigt, siehe Ausführungen Ziff. I,1. Die Befristung endet am 30.06.2009.

Um Engpässe bei der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans zu beseitigen, wurde am 15.02.2008 ein Landschaftsplaner befristet für die Dauer von 2 Jahren eingestellt. Die Grundsatzentscheidung hierzu wurde in der Hauptausschusssitzung am 13.07.2008 (DS HA 02/06) gefasst.

Eine weitere, zunächst auf 2 Jahre ausgelegte Befristung seit 01.10.2008 im Geschäftsbereich Infrastrukturplanung beruht auf einer Elternzeitvertretung.

5.2 Ausgaben im Bereich der Beamtenversorgung

Derzeit stehen zwei aktiven Beamten drei Beamte im Ruhestand gegenüber. Dieses Verhältnis führt derzeit zu einer überproportionalen Gewichtung der Ruhestandsbezüge bei den Versorgungsleistungen.

6. Aufschlüsselung der Einnahmen des Vermögenshaushalts (jährliche Entwicklung)

Haushaltsansätze	**2005 (€)**	**2006 (€)**	**2007 (€)**	**2008 (€)**	**2009 (€)**
Erlös aus Verkauf des Anlagevermögens	0	0	0	0	0
Rückflüsse von Darlehen	570	580	600	600	600
Rücklagen	65.500	31.400	30.900	120.500	46.792
Zuführung vom VwHh	0	0	0	0	0
Summe	66.070	31.980	31.500	121.100	47.392

7. Aufschlüsselung der Ausgaben des Vermögenshaushalts (jährliche Entwicklung)

Haushaltsansätze	**2005 (€)**	**2006 (€)**	**2007 (€)**	**2008 (€)**	**2009 (€)**
Anlagevermögen	11.600	12.800	12.000	9.000	10.000
Zuführung zum VwHh	54.470	19.180	19.500	112.100	37.392
Zuführung an Rücklage	0	0	0	0	0
Summe	66.070	31.980	31.500	121.100	47.392

8. Entwicklung der Rücklage

Für das Haushaltsjahr 2009 ist eine Rücklagenentnahme von 46.792 € veranschlagt. Wie in den Haushaltsberatungen der Vorjahre angekündigt, wird die Rücklage durch die zeitlich befristeten zusätzlichen Planerstellen für die Gesamtfortschreibung des Regionalplans sukzessive zurückgeführt. Für 2009 ist eine erneute Entnahme der Rücklage von 46.792 € eingeplant. Die Rücklage verringert sich damit auf ca. 126.600 € zum Jahresende 2009. Die gesetzliche Mindestrücklage beträgt 24.214 €.

Die Gremien des Regionalverbandes haben mit Beschlüssen zu DS HA 02/06, DS VVS 03/07 und DS HA 02/08 **bereits grundlegende personelle Entscheidungen** im Hinblick auf die Anstellung befristet beschäftigter Arbeitnehmer **mit Auswirkungen für mehrere Folgejahre** getroffen. Die entsprechenden Entscheidungen wurden in Kenntnis der Höhe der vorhandenen Rücklage getroffen. Es ist deshalb erforderlich, den Betrag in Höhe von rund 100.000 € der Rücklage, der die Mindestrücklage übersteigt als eine für Personalausgaben zweckgebundene Rücklage auszuweisen.

9. Investitionen

Investitionen betreffen wie bereits in den vorangegangenen Jahren im Wesentlichen den EDV-Bereich.

Gesamtplan

1. Zusammenfassung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
Verwaltungshaushalt

Einzelplan		Haushaltsansatz					Rechnungsergebnis	
Nr.	Bezeichnung	Einnahmen 2009 EUR	Ausgaben 2009 EUR	Verpfl.-Erm. 2009 EUR	Einnahmen 2008 EUR	Ausgaben 2008 EUR	Einnahmen 2007 EUR	Ausgaben 2007 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	1.049.118	1.249.000	0	971.712	1.278.200	938.159	1.026.792
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	235.082	35.200	0	306.488	0	198.530	109.896
0-9	**Summe Verwaltungshaushalt**	**1.284.200**	**1.284.200**	**0**	**1.278.200**	**1.278.200**	**1.136.688**	**1.136.688**

Gesamtplan 2009

1. Zusammenfassung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
Vermögenshaushalt

Einzelplan		Haushaltsansatz					Rechnungsergebnis	
Nr.	Bezeichnung	Einnahmen 2009 EUR	Ausgaben 2009 EUR	Verpfl.-Erm. 2009 EUR	Einnahmen 2008 EUR	Ausgaben 2008 EUR	Einnahmen 2007 EUR	Ausgaben 2007 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	600	10.000	0	600	9.000	1.061	11.999
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	46.792	37.392	0	120.500	112.100	109.896	98.958
0-9	**Summe Vermögenshaushalt**	**47.392**	**47.392**	**0**	**121.100**	**121.100**	**110.957**	**110.957**
	Summe Gesamthaushalt	**1.331.592**	**1.331.592**	**0**	**1.399.300**	**1.399.300**	**1.247.646**	**1.247.646**

2. Haushaltsquerschnitt - in EUR
A: Einzelpläne 0 - 8
Einwohner: 1.047.300 Stand 2008

Gld. Nr.	Aufgabenbereich	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb Gruppen 10-17	Sonstige Finanz-einnahmen Gruppen 061, 20-27	Personal-ausgaben Gruppen 40-46	Sächlicher Verwaltungs- und Betriebs-aufwand, weitere Finanz-ausgaben Gruppen 50-68, 84	Zuweisungen und Zuschüsse Gruppen 70-76, 78-79	Zuschuß-bedarf (Sp.5 bis 7 ./. 3+4)
01	02	03	04	05	06	07	08
61	Orts- und Regionalplanung	1.049.118	0	932.800	316.200	0	199.882
	Summe Einzelplan 6	**1.049.118**	**0**	**932.800**	**316.200**	**0**	**199.882**
	EUR je Einwohner	1,00	0,00	0,89	0,30	0,00	0,19
	Summe Einzelpläne 0-8	**1.049.118**	**0**	**932.800**	**316.200**	**0**	**199.882**
	EUR je Einwohner	1,00	0,00	0,89	0,30	0,00	0,19

2. Haushaltsquerschnitt - in EUR
A: Einzelpläne 0 - 8
Einwohner: 1.047.300 Stand 2008

Gld. Nr.	Aufgabenbereich	Objekt-bezogene Einnahmen des Vermögens-haushalts Gruppen 32-36	Bau-maßnahmen Gruppen 94-96	Sonstige Investitions-ausgaben Gruppen 92, 93, 98, 991	Verpflich-tungs-ermächti-gungen
01	02	09	10	11	12
61	Orts- und Regionalplanung	600	0	10.000	0
	Summe Einzelplan 6	**600**	**0**	**10.000**	**0**
	EUR je Einwohner	0,00	0,00	0,01	0,00
	Summe Einzelpläne 0-8	**600**	**0**	**10.000**	**0**
	EUR je Einwohner	0,00	0,00	0,01	0,00

2. Haushaltsquerschnitt - in EUR
B: Einzelplan 9
Einwohner: 1.047.300 Stand 2008

Gld. Nr.	Aufgabenbereich	Steuern und allgemeine Zuweisungen Gruppen 00-07, 09	Sonstige Finanz-einnahmen Gruppen 158, 20-28	Sonstige Finanz-ausgaben Gruppen 47, 679, 686,687, 689, 80-86, 88	Überschuß (Sp. 3+4 ./. 5)
01	02	03	04	05	06
90	Steuern, Allg.Zuweisungen und Allg.Umlagen	187.640	0	0	187.640
91	sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft	0	47.442	35.200	12.242
	Summe Einzelplan 9 Finanzwirtschaft	**187.640**	**47.442**	**35.200**	**199.882**
	EUR je Einwohner	0,18	0,05	0,03	0,19

2. Haushaltsquerschnitt - in EUR
B: Einzelplan 9
Einwohner: 1.047.300 Stand 2008

Gld. Nr.	Aufgabenbereich	Sonstige Einnahmen des Vermögens-haushalts Gruppen 30, 31, 36, 37, 39	Sonstige Ausgaben des Vermögens-haushalts Gruppen 90, 91, 933, 97, 99
01	02	07	08
90	Steuern, Allg.Zuweisungen und Allg.Umlagen	0	0
91	sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft	46.792	37.392
	Summe Einzelplan 9 Finanzwirtschaft	**46.792**	**37.392**
	EUR je Einwohner	0,04	0,04

3. Gruppierungsübersicht

Einwohner: 1.047.300 Stand 2008

Grup-pierungs-nummer	Bezeichnung	Ansatz 2009 EUR	EUR / Einw. 2009	%	Ansatz 2008 EUR	Ergebnis der Jahresrechnung 2007 EUR
1	2	3	4	5	6	7
0	Gemeindeorgane					
06	sonstige Allgemeine Zuweisungen vom Bund					
061	sonstige Allgemeine Zuweisungen vom Land	187.640	0,18	14,61	187.318	187.247
0	**Summe Hauptgruppe 0**	**187.640**	**0,18**	**14,61**	**187.318**	**187.247**
1	Verwaltungsgebühren					
13-15	Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten	600	0,00	0,05	1.000	2.614
16	Erstattungen f. Ausgaben des VwHH v. Bund					
168	Erst. f. Ausgaben d. VwHH vom Übrigen Bereich	7.800	0,01	0,61	2.000	8.083
17	Zuweisungen vom Bund					
170	Zuweisungen vom Bund	0	0,00	0,00	58.500	29.727
171	Zuweisungen vom Land	0	0,00	0,00	42.500	21.500
172	Regionalverbandsumlage	939.418	0,90	73,15	821.412	821.354
174	Zuweisungen von sonst. öffentl. Bereich	101.300	0,10	7,89	23.800	30.881
177	Zuschüsse von priv. Unternehmen	0	0,00	0,00	22.500	24.000
1	**Summe Hauptgruppe 1**	**1.049.118**	**1,00**	**81,69**	**971.712**	**938.159**
2	Zinseinnahmen vom Bund					
20	Zinseinnahmen vom Bund					
205-208	von unternehmerischen und übrigen Bereichen	10.050	0,01	0,78	7.070	11.283
28	allg. Zuführung vom Vermögenshaushalt					
280	allg. Zuführung vom Vermögenshaushalt	37.392	0,04	2,91	112.100	0
2	**Summe Hauptgruppe 2**	**47.442**	**0,05**	**3,69**	**119.170**	**11.283**
0-2	**Summe Einnahmen Verwaltungshaushalt**	**1.284.200**	**1,23**	**100,00**	**1.278.200**	**1.136.688**
3	Zuführungen vom Verwaltungshaushalt					
30	Zuführungen vom Verwaltungshaushalt					
300	Zuführungen vom Verwaltungshaushalt	0	0,00	0,00	0	109.896
31	Entnahme aus allgemeiner Rücklage					
310	Entnahme aus allgemeiner Rücklage	46.792	0,04	98,73	120.500	0
32	Darlehen, Rückflüsse vom Bund					
325-328	von kommunalen und sonstigen Sonder-rechnungen u. v. übrigen Bereichen	600	0,00	1,27	600	599
34	Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens	0	0,00	0,00	0	462
3	**Summe Einnahmen Vermögenshaushalt (Hauptgruppe 3)**	**47.392**	**0,05**	**100,00**	**121.100**	**110.957**
0-3	**Summe Einnahmen Gesamthaushalt**	**1.331.592**	**1,27**	**0,00**	**1.399.300**	**1.247.646**

3. Gruppierungsübersicht

Einwohner: 1.047.300 Stand 2008

Grup-pierungs-nummer	Bezeichnung	Ansatz 2009 EUR	EUR / Einw. 2009	%	Ansatz 2008 EUR	Ergebnis der Jahresrechnung 2007 EUR
1	2	3	4	5	6	7
4	Aufwendungen für erenamtl.Tätigkeit					
40	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	50.000	0,05	3,89	40.000	33.242
41	Besoldung, Vergütungen, Löhne	598.500	0,57	46,60	604.800	537.052
42-43	Versorgung	158.000	0,15	12,30	156.900	149.473
44	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	87.900	0,08	6,84	88.700	75.919
45	Beihilfen und Unterstützungen	38.100	0,04	2,97	32.600	34.503
46	Personalnebenausgaben	300	0,00	0,02	300	0
47	Deckungsreserve für Personalnebenausgaben	35.200	0,03	2,74	0	0
4	**Summe Hauptgruppe 4**	**968.000**	**0,92**	**75,38**	**923.300**	**830.190**
5 / 6	Unterh. d. Grundstücke u. der baulichen Anlagen					
50-51	Unterhaltung d. Grundstücke u. baulichen Anlagen u. des sonst. unbew. Vermögens	2.000	0,00	0,16	3.500	2.052
52	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.000	0,01	0,78	9.000	12.010
53	Mieten und Pachten	40.000	0,04	3,11	42.000	45.592
54	Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen usw.	15.000	0,01	1,17	16.000	14.128
55	Haltung von Fahrzeugen	5.800	0,01	0,45	5.600	5.784
56	Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	3.500	0,00	0,27	3.500	2.397
57-63	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	167.100	0,16	13,01	208.600	36.205
64-66	Steuern, Geschäftsausgaben u. a.	71.700	0,07	5,58	65.600	77.377
67	Erstatt. v. Verwaltungs- u. Betriebsaufwand Bund					
672	Erst. v. Verwaltungs- u. Betriebsaufwand, sonstige	1.100	0,00	0,09	1.100	1.057
5-6	**Summe Hauptgruppe 5/6**	**316.200**	**0,30**	**24,62**	**354.900**	**196.602**
8	Zinsen für Kredite des Bundes					
86	Zuführung zum Vermögenshaushalt					
860	Zuführung zum Vermögenshaushalt	0	0,00	0,00	0	109.896
8	**Summe Hauptgruppe 8**	**0**	**0,00**	**0,00**	**0**	**109.896**
4-8	**Summe Ausgaben Verwaltungshaushalt**	**1.284.200**	**1,23**	**100,00**	**1.278.200**	**1.136.688**
9	allg. Zuführung zum Verwaltungshaushalt					
90	allg. Zuführung zum Verwaltungshaushalt					
900	allg. Zuführung zum Verwaltungshaushalt	37.392	0,04	78,90	112.100	0
91	Zuführung an allgemeine Rücklage					
910	Zuführung an allgemeine Rücklage	0	0,00	0,00	0	98.958
93	Beteiligungen, Kapitaleinlagen					

3. Gruppierungsübersicht

Einwohner: 1.047.300 Stand 2008

Grup-pierungs-nummer	Bezeichnung	Ansatz 2009 EUR	EUR / Einw. 2009	%	Ansatz 2008 EUR	Ergebnis der Jahresrechnung 2007 EUR
1	2	3	4	5	6	7
935-936	Erwerb und Leasing von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	10.000	0,01	21,10	9.000	11.999
9	**Summe Ausgaben Vermögenshaushalt (Hauptgruppe 9)**	**47.392**	**0,05**	**100,00**	**121.100**	**110.957**
4-9	**Summe Ausgabe Gesamthaushalt**	**1.331.592**	**1,27**	**0,00**	**1.399.300**	**1.247.646**

4. Finanzierungsübersicht

Bezeichnung	EUR
1	2
Finanzierungssaldo	
1. Gesamteinnahmen	1.331.592
2. Einnahmen aus besonderen Finanzierungsvorgängen (Nrn. 9.1, 10.1, 11.1)	46.792
3. Differenz	**1.284.800**
4. Gesamtausgaben	1.331.592
5. Ausgaben aus besonderen Finanzierungsvorgängen (Nrn. 8, 9.2, 10.2, 11.2)	0
6. Differenz	**1.331.592**
7. Saldo (Nrn. 3 ./. 6)	**46.792-**
Besondere Finanzierungsvorgänge	
8. Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	0
9.1 Entnahmen aus Rücklagen	46.792
9.2 Zuführungen zu Rücklagen	0
9.3 Differenz	**46.792**
10.1 Einnahmen aus Krediten	0
10.2 Tilgung von Krediten	0
10.3 Differenz	**0**
11.1 Einnahmen aus inneren Darlehen	0
11.2 Rückzahlung von inneren Darlehen	0
11.3 Differenz	**0**
12. Saldo besondere Finanzierungsvorgänge (Nrn. 8, 9.3, 10.3, 11.3)	**46.792**
Nachrichtlich: Kredite vom Kreditmarkt (ohne Umschuldungen)	
13.1 Einnahmen	0
13.2 Tilgung	0
13.3 Saldo	**0**

Einzelpläne

Verwaltungshaushalt
Vermögenshaushalt

Einzelplan 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

Unterabschnitt 6100 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung **6100**

Haushaltsstelle			Haushaltsansatz		Rechnungs-ergebnis	Bew.
Nr.	Bezeichnung	HH-Vermerk	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR	Stelle
1	2	3	4	5	6	7
1.6100	**Einnahmen**					
130000	Einnahmen aus Verkauf		600	1.000	2.614	600
150000	Vermischte Einnahmen		0	0	0	600
168000	Erstattungen für Ausgaben d. VwHH		7.800	2.000	8.083	600
170000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Bund		0	58.500	29.727	600
171000	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land		0	42.500	21.500	600
172000	Regionalverbandsumlage		939.418	821.412	821.354	600
174000	Zuweisungen von sonst. öffentl. Bereich		101.300	23.800	30.881	600
177000	Zuschüsse von priv. Unternehmen		0	22.500	24.000	600
	Einnahmen Unterabschnitt 6100		**1.049.118**	**971.712**	**938.159**	
1.6100	**Ausgaben**					
400000	Personalausgaben	SN	932.800	923.300	830.190	
500000	Unterhaltung Grundstücke u. baul. Anlagen	GD	2.000	3.500	2.052	600
520000	Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgege	GD	10.000	9.000	12.010	600
530000	Miete für Verwaltungsgebäude	GD	28.800	28.800	28.800	600
531000	Miete für bewegliche Sachen	GD	11.200	13.200	16.792	600
540000	Bewirtschaftung der baulichen Anlage	GD	15.000	16.000	14.128	600
550000	Haltung von Fahrzeugen	GD	5.800	5.600	5.784	600
562000	Aus- und Fortbildung	GD	3.500	3.500	2.397	600
581000	Expertenbetreuung, Veranstaltungen	GD	4.500	4.500	3.586	600
620000	Herstellg. v. Publikationen, Karten, etc.	GD UE	2.000	11.500	6.402	600
621000	Nutzungs- u. Bereitstellungsentgelte, urh	GD	5.600	5.600	5.563	600
630000	Regionalplanumsetzung u. -weiterentwickl.	GD UE	103.000	182.000	20.000	600
631000	INTERREG -Projektbeteiligungen-	GD UE	52.000	0	4.258-	600
632000	Projekt REFINA	GD UE	0	5.000	4.912	600
640000	Versicherungen	GD	5.700	5.700	5.640	600
650000	Bürobedarf, Zeichensachbedarf	GD	4.000	4.000	3.971	600
651000	Bücher und Zeitschriften	GD	4.500	4.500	4.418	600
652000	Post- und Fernmeldegebühren	GD	10.000	12.500	13.189	600
653000	Öffentliche Bekanntmachungen	GD	1.000	500	779	600
654000	Dienstreisen	GD	6.000	6.000	5.193	600
655000	Sachverständ.-, Gerichts- u. ähnl. Kosten	GD	10.000	5.000	11.900	600
656000	Datenverarbeitung	GD	13.300	10.500	15.916	600
658000	Sonstige Geschäftsausgaben	GD	700	600	649	600
660000	Verfügungsmittel		900	900	900	600
661000	Mitgliedsbeiträge	GD	3.800	3.600	3.038	600
662000	Geschäftsausgaben für Fraktionen	GD	11.800	11.800	11.784	600
668000	Vermischte Ausgaben	GD	0	0	0	600
672000	Erstattung v. Verw.-und Betriebsaufwand	GD	1.100	1.100	1.057	600
	Ausgaben Unterabschnitt 6100		**1.249.000**	**1.278.200**	**1.026.792**	
	Einnahmen Unterabschnitt 6100		**1.049.118**	**971.712**	**938.159**	
	Zuschussbedarf		**199.882**	**306.488**	**88.633**	
	Überschuss		**0**	**0**	**0**	

Erläuterungen:

172000 Umlagebedarf auf der Grundlage Hebesatz 0,0788000685 (unverändert gegenüber 2008)

174000 Kofinanzierung Projekt Access 15.300,-
s. Vorbericht Ziff. I,5.1

Kofinanzierung Gutachten Schienen- 86.000,-
bonus - gesundheitliche Auswirkungen Schienenlärm
s. Vorbericht Ziff. I,4.1

Gesamtbetrag 101.300,-

Einzelplan 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

Unterabschnitt 6100 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung **6100**

Haushaltsstelle			Haushaltsansatz		Rechnungs-ergebnis	Bew.
Nr.	Bezeichnung	HH-Vermerk	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR	Stelle
1	2	3	4	5	6	7
	Erläuterungen:					
630000	Fortschreibung Landschaftsrahmenplan 10.000,- s. Vorbericht Ziff. I,2					
	Fortschreibung Regionalplan 6.000,- Kapitel "Großflächiger Einzelhandel" s. Vorbericht Ziff. I,1					
	Magistrale für Europa 1.000,- s. Vorbericht Ziff. I,5.5					
	Gutachten Schienenbonus 86.000,- gesundheitliche Auswirkungen Schienenlärm s. Vorbericht Ziff. I,4.1					
	Gesamtbetrag 103.000,-					
631000	Projekt Access 52.000,- s. Vorbericht Ziff. I,5.1					
661000	Kommunaler Arbeitgeberverband 550,- Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord e.V. 330,- Naturpark Südschwarzwald e.V. 550,- RegioGesellschaft Schwarzwald-Oberrhein 512,- AGEG 1.800,-					
	Ausgaben Abschnitt 61		**1.249.000**	**1.278.200**	**1.026.792**	
	Einnahmen Abschnitt 61		**1.049.118**	**971.712**	**938.159**	
	Zuschussbedarf		**199.882**	**306.488**	**88.633**	
	Überschuss		**0**	**0**	**0**	
	Ausgaben Einzelplan 6		**1.249.000**	**1.278.200**	**1.026.792**	
	Einnahmen Einzelplan 6		**1.049.118**	**971.712**	**938.159**	
	Zuschussbedarf		**199.882**	**306.488**	**88.633**	
	Überschuss		**0**	**0**	**0**	

Einzelplan 9 Allgemeine Finanzwirtschaft

Unterabschnitt 9000 Steuern, Allgemeine Zuweisungen und allg. Umlagen

9000

Haushaltsstelle			Haushaltsansatz		Rechnungsergebnis	Bew.
Nr.	Bezeichnung	HH-Vermerk	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR	Stelle
1	2	3	4	5	6	7
1.9000	**Einnahmen**					
061000	Zuweisungen des Landes nach § 43 (1) LplG		187.640	187.318	187.247	600
062000	Zuschüsse Projekte		0	0	0	600
063000	Zuschüsse INTERREG		0	0	0	600
064000	Zuschüsse REFINA		0	0	0	600
	Einnahmen Unterabschnitt 9000		**187.640**	**187.318**	**187.247**	
	Ausgaben Unterabschnitt 9000		**0**	**0**	**0**	
	Einnahmen Unterabschnitt 9000		**187.640**	**187.318**	**187.247**	
	Zuschussbedarf		**0**	**0**	**0**	
	Überschuss		**187.640**	**187.318**	**187.247**	
	Ausgaben Abschnitt 90		**0**	**0**	**0**	
	Einnahmen Abschnitt 90		**187.640**	**187.318**	**187.247**	
	Zuschussbedarf		**0**	**0**	**0**	
	Überschuss		**187.640**	**187.318**	**187.247**	

Einzelplan 9 Allgemeine Finanzwirtschaft

Unterabschnitt 9100 sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft

9100

Haushaltsstelle			Haushaltsansatz		Rechnungs-ergebnis	Bew.
Nr.	Bezeichnung	HH-Vermerk	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR	Stelle
1	2	3	4	5	6	7
1.9100	**Einnahmen**					
205000	Zinseinnahmen aus Geldanlagen		10.000	7.000	11.200	600
207000	Zinseinnahmen aus Arbeitgeberdarlehen		50	70	82	600
280000	Zuführung vom Vermögenshaushalt		37.392	112.100	0	600
	Einnahmen Unterabschnitt 9100		**47.442**	**119.170**	**11.283**	
1.9100	**Ausgaben**					
400000	Personalausgaben	SN	35.200	0	0	
805000	Zinsen für äussere Kassenkredite		0	0	0	600
850000	Deckungsreserve für Sachaufwand		0	0	0	600
860000	Zuführung zum Vermögenshaushalt		0	0	109.896	600
	Ausgaben Unterabschnitt 9100		**35.200**	**0**	**109.896**	
	Einnahmen Unterabschnitt 9100		**47.442**	**119.170**	**11.283**	
	Zuschussbedarf		**0**	**0**	**98.614**	
	Überschuss		**12.242**	**119.170**	**0**	
	Ausgaben Abschnitt 91		**35.200**	**0**	**109.896**	
	Einnahmen Abschnitt 91		**47.442**	**119.170**	**11.283**	
	Zuschussbedarf		**0**	**0**	**98.614**	
	Überschuss		**12.242**	**119.170**	**0**	
	Ausgaben Einzelplan 9		**35.200**	**0**	**109.896**	
	Einnahmen Einzelplan 9		**235.082**	**306.488**	**198.530**	
	Zuschussbedarf		**0**	**0**	**0**	
	Überschuss		**199.882**	**306.488**	**88.633**	
	Ausgaben Gesamthaushalt		**1.284.200**	**1.278.200**	**1.136.688**	
	Einnahmen Gesamthaushalt		**1.284.200**	**1.278.200**	**1.136.688**	
	Zuschussbedarf		**0**	**0**	**0**	
	Überschuss		**0**	**0**	**0**	

Vermögenshaushalt

Einzelplan 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

Unterabschnitt 6100 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung **6100**

Haushaltsstelle			Haushaltsansatz			Ergebnis	Invest./Invest.förderung		
Nr.	Bezeichnung	HH-Vermerk	2009 EUR	2009 VE EUR	2008 EUR	2007 EUR	Gesamt-einnahmen/ -ausgaben EUR	Bisher bereitg.bis inkl.2008 EUR	Bew. Stelle
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
2.6100	**001 .**								
327000	Rückflüsse von Arbeitgeberdarlehen		600		600	599	1.799	1.199	600
330000	Rückflüsse von Kapitaleinlagen		0		0	0			600
345000	Einnahmen Veräußerung bewegliche Sachen		0		0	462			600
	Einnahmen Maßnahme 001		**600**		**600**	**1.061**	**1.799**	**1.199**	
927000	Gewährung von Arbeitgeberdarlehen		0	0	0	0	0	0	600
930000	Kapitaleinlagen		0	0	0	0			600
935000	Erwerb v. beweglichen Sachen d. Anlagevermögens		10.000	0	9.000	11.999			600
	Ausgaben Maßnahme 001		**10.000**	**0**	**9.000**	**11.999**	**0**	**0**	
	Ausgaben Abschnitt 61		**10.000**	**0**	**9.000**	**11.999**	**0**	**0**	
	Einnahmen Abschnitt 61		**600**		**600**	**1.061**	**1.799**	**1.199**	
	Zuschussbedarf		**9.400**		**8.400**	**10.939**	**0**	**0**	
	Überschuss		**0**		**0**	**0**	**1.799**	**1.199**	
	Ausgaben Einzelplan 6		**10.000**	**0**	**9.000**	**11.999**	**0**	**0**	
	Einnahmen Einzelplan 6		**600**		**600**	**1.061**	**1.799**	**1.199**	
	Zuschussbedarf		**9.400**		**8.400**	**10.939**	**0**	**0**	
	Überschuss		**0**		**0**	**0**	**1.799**	**1.199**	

Einzelplan 9 Allgemeine Finanzwirtschaft

Unterabschnitt 9100 sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft

9100

Haushaltsstelle			Haushaltsansatz			Ergebnis	Invest./Invest.förderung		
Nr.	Bezeichnung	HH-Vermerk	2009 EUR	2009 VE EUR	2008 EUR	2007 EUR	Gesamt-einnahmen/ -ausgaben EUR	Bisher bereitg.bis inkl.2008 EUR	Bew. Stelle
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
2.9100	**001 .**								
300000	Zuführung vom Verwaltungshaushalt		0		0	109.896			600
310000	Entnahme aus Allg. Rücklage		46.792		120.500	0			600
	Einnahmen Maßnahme 001		**46.792**		**120.500**	**109.896**	**0**	**0**	
900000	Zuführung zum Verwaltungshaushalt		37.392	0	112.100	0			600
	Ausgaben Maßnahme 001		**37.392**	**0**	**112.100**	**0**	**0**	**0**	
	Ausgaben Abschnitt 91		**37.392**	**0**	**112.100**	**0**	**0**	**0**	
	Einnahmen Abschnitt 91		**46.792**		**120.500**	**109.896**	**0**	**0**	
	Zuschussbedarf		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	
	Überschuss		**9.400**		**8.400**	**109.896**	**0**	**0**	
	Ausgaben Einzelplan 9		**37.392**	**0**	**112.100**	**0**	**0**	**0**	
	Einnahmen Einzelplan 9		**46.792**		**120.500**	**109.896**	**0**	**0**	
	Zuschussbedarf		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	
	Überschuss		**9.400**		**8.400**	**109.896**	**0**	**0**	
	Ausgaben Gesamthaushalt		**47.392**	**0**	**121.100**	**11.999**	**0**	**0**	
	Einnahmen Gesamthaushalt		**47.392**		**121.100**	**110.957**	**1.799**	**1.199**	
	Zuschussbedarf		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	
	Überschuss		**0**		**0**	**98.958**	**1.799**	**1.199**	

Übersicht der Deckungsringe 2009

Deckungsring: **SN PERSONAL**

Bezeichnung : **Sammelnachweis Personal**

Haushaltsstelle		Haushaltsansatz 2009 EUR
Nummer	Bezeichnung	
1	2	3
1.6100.400000	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	50.000
1.6100.410000	Besoldung der Beamten	134.000
1.6100.414000	Vergütungen der Beschäftigten	464.500
1.6100.430000	Beiträge zur Versorgungskasse für Beamte	114.100
1.6100.434000	Beiträge Versorgungskasse f. Beschäftigte	43.900
1.6100.444000	Beiträge gesetzl. Sozialv. Beschäftigte	87.900
1.6100.450000	Beihilfen	38.100
1.6100.460000	Personalnebenausgaben	300
1.9100.470000	Deckungsreserve für Personalausgaben	35.200
	Summe	968.000

Stellenplan

Teil A: Beamte

I. Verbandsverwaltung

Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Besoldungsgruppen	Zahl der Stellen insgesamt	nachrichtlich Zahl der Stellen 2008	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.08	Vermerke, Erläuterungen
Verbandsdirektor	B 4	1	1	1	
Höherer Dienst	A 15	1	0	1	seit 01.07.2008 besetzt mit EG 14 TVöD
Gehobener Dienst	A 12	1	1	1	
Mittlerer Dienst					
Einfacher Dienst					
insgesamt		3	2	3	

II. Sondervermögen mit Sonderrechnungen

- entfällt –

Teil B: Beschäftigte

Vergütungsgruppe/ Entgeltgruppe	Zahl der Stellen insgesamt	nachrichtlich Zahl der Stellen 2008	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.08	Vermerke, Erläuterungen
15	0	1	1	Seit 01.07.2008 besetzt mit EG 14 TVöD
14	1	1	1	
13	4	4	4	1)
12	1	1	1	2)
11	1	1	1	
9	1	2	1	
8	1	0	0	besetzt mit EG 7 TVöD
6	0,5	0,5	0,5	
5	1	1	1	
insgesamt	10,5	11,5	10,5	

1) davon 1 Stelle kw zum 14.02.2010, derzeit besetzt mit EG 12 TVöD, Beschluss Hauptausschuss vom 13.07.2006
davon 1 Stelle kw spätestens zum 31.10.2015 , Beschluss Hauptausschuss vom 08.05.2008

2) kw zum 30.06.2009, Beschluss der Verbandsversammlung vom 29.03.2007

Insgesamt: Teil A + B = 13,5

Teil C: - nachrichtlich - Aufstellung der Stellen nach der Gliederung des Haushaltsplans

I. Beamte

Abschnitt UAbschnitt		Verbandsdirektor	Höherer Dienst					Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst					Einfacher D.
		B4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	A 5	A 5-1
610	Orts- und Regionalplanung	1			1				1									

II. Beschäftigte

Abschnitt Unterabschnitt	Beschäftigte Entgeltgruppe									Sonstige
	15	14	13	12	11	9	8	6	5	
610	0	1	4	1	1	1	1	0,5	1	-

Teil D: - nachrichtlich - Ehrenbeamte, Beschäftigte in der Probe- oder Ausbildungszeit

- entfällt -

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden (ohne Kassenkredite)

- keine -

Stand der Rücklagen

		Vergleichsdaten	
	Haushaltsjahr	**Vorjahr (2008)**	**Rechnungs-ergebnis Vorvorjahr (2007)**
Stand der allgemeinen Rücklage			
Beginn des Jahres	173.400	271.378,83	172.378,83
Ende des Jahres	126.600	173.400,00	271.378,83
Mindestbestand nach § 20 Abs. 2 Satz 2 GemHVO	24.214	23.561	22.141
Stand der Sonderrücklagen	-	-	-
Beginn des Jahres	-	-	-
Ende des Jahres	-	-	-